

Rede anlässlich der Einbringung des Haushalts der VG Wörrstadt am 12. Dezember 2017

(es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Verbandsgemeinderates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
sehr geehrte Zuhörer,

im vergangenen Jahr ging ich in meinen Ausführungen u.a. darauf ein, dass 2017 vor allem wegen einiger Wahlen in den wichtigsten EU-Staaten ein Schicksalsjahr für die EU sein wird. Nun ist schon wieder ein Jahr vergangen und wir sind teilweise klüger als im Dezember 2016. Ob wir glücklicher sind mit manchen Ergebnissen als 2016, muss jeder für sich selbst beantworten.

Die Präsidentenwahlen in Frankreich verliefen so, wie wir es uns gewünscht haben. Die Wahlen in Österreich ergaben neue Mehrheiten und die Koalitionsverhandlungen dort laufen aktuell noch. Wir blicken gespannt auf unsere Nachbarn, da die neue Regierung beispielsweise innerhalb der EU aller Voraussicht nach andere Wege gehen wird als dies bisher der Fall war. Die Brexitverhandlungen gehen einen Schritt nach vorne und danach wieder zwei Schritte zurück.

Und in Deutschland befinden wir uns nach den Bundestagswahlen im September und dem „Aus“ der Jamaika-Verhandlungen im „Schwebezustand“. Es ist völlig offen, ob es eine Neuauflage der „Großen Koalition“ geben wird, ob wir auf Neuwahlen zusteuern oder ob es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten geben wird. Die bisher so stabile Bundesrepublik als Stabilitätsanker in Europa in einer so schwierigen und instabilen Lage. Viele von uns hätten sich noch vor ein oder zwei Jahren eine solche Situation nicht vorstellen können.

Im Rest der Welt werden die Kriege und Konflikte nicht weniger und die daraus resultierenden Flüchtlinge haben grundsätzlich nicht abgenommen, wenn auch der Flüchtlingsstrom zu uns nach Deutschland aufgrund vielfältiger Aktivitäten der Bundesregierung geringer wurde. Dennoch kommen immer noch jeden Tag Menschen zu uns, was z.B. auch direkte Auswirkungen auf unseren Haushalt hat, den wir heute Abend beraten und verabschieden wollen.

In den USA agiert der neue Präsident Donald Trump genau so wie wir es vermutet oder, besser gesagt, befürchtet haben. Allein die aktuelle Entscheidung, dass Jerusalem als Hauptstadt Israels von den USA anerkannt wird, sorgt dafür, dass der neue Osten nicht friedlicher wird und dass es sehr schnell zu Unruhen und neuen oder weiteren Flüchtlingsströmen kommen kann. Diese Auswirkungen werden die USA zwar im eigenen Land nicht merken, aber wir in Europa umso mehr. Und damit auch irgendwann finanziell bei uns vor Ort.

Diese nationalen Alleingänge und eine geschwächte EU können dazu führen, dass wir wirtschaftlich in Turbulenzen kommen können. Dies wird dann irgendwann wieder auf uns vor Ort zurückfallen. Sei es durch eine schwächelnde Wirtschaft, eventuell

weniger Arbeitsplätze und damit mehr Sozialausgaben oder mit weniger Steuereinnahmen.

Es gab aber auch Lichtblicke oder positive Tendenzen. So fand in Bonn die Weltklimakonferenz (COP 23) statt und es ging wieder ein Stück voran beim Klimaschutz und dem Schutz unseres Planeten für die kommenden Generationen. Auch die Verbandsgemeinde Wörrstadt war mit ihrer Partner-VG Birkenfeld in Bonn und wurde zum Abschluss des Projektes „Regio Twin“ als Beispiel für eine engagierte kommunale Partnerschaft ausgezeichnet. Daneben erhielten wir in diesem Jahr als erste Verbandsgemeinde in Deutschland den „European Energy Award“ für unser Engagement im Klimaschutz und im Bereich der Energieeffizienz. All dies konnten wir nur erreichen, da wir einen VG-Rat haben, der hinter diesen Projekten steht sowie engagierte und kreative MitarbeiterInnen, die dies mit Herzblut umsetzen.

Auch im heute vorliegenden Haushalt für 2018 sind einige Projekte im „Energie- und Klimaschutzbereich“ enthalten, die uns wieder ein Stück voranbringen. Ohne die Kommunen wären wir im Klimaschutz in Deutschland, Europa und der Welt – als Beispiel seien hier ausdrücklich auch amerikanische Kommunen erwähnt – noch lange nicht so weit.

Kommen wir also nun vor dem Hintergrund dieser globalen und europäischen Entwicklungen zu den **gesamtwirtschaftlichen und auch politischen Rahmendaten**, die diesen Haushalt maßgeblich prägen und die auch in den folgenden Zahlen enthalten sind.

Kommen wir nun zu den ersten Folien, nämlich zu den Gesamterträgen/Einzahlungen sowie zu den Gesamtaufwendungen/Auszahlungen.

Folie 3 Zahlen kurz erläutern

In dieser Zahl sind alle Personen enthalten, die sich als anerkannte Flüchtlinge, als Personen, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist oder als abgelehnte Asylbewerber bei uns aufhalten.

Im letzten Jahr hatte ich ausgeführt, dass vom Bund für die Jahre 2016 bis 2018 eine jährliche Integrationspauschale von 2,0 Mrd. Euro für die Länder und Kommunen bereitgestellt wird. Von dieser Pauschale hatte das Land 2016 Rheinland-Pfalz einmalig 97,0 Mio. Euro an alle Kommunen (also Landkreise, Verbandsgemeinden und Gemeinden) weitergeleitet. In der letzten Kreistagssitzung des vergangenen Jahres stimmt der Kreistag nach einer längeren Diskussion mehrheitlich zu, dass von den rund 3,0 Mio. Euro Mitteln, welche der Landkreis erhielt, 900.000 Euro an die Verbandsgemeinden weitergeleitet werden sollen. Unser Anteil an dieser Summe in Höhe von rund 220.000 Euro wurde von uns auch in die Ergebnisrechnung 2016 gebucht.

Allerdings hat das Land die für 2017 und 2018 vom Bund bereit gestellten Mittel vollständig für sich behalten und keinen Cent an die Kommunen weitergeleitet, obwohl diese auch erhebliche Kosten bei der Unterbringung und vor allem Betreuung der Flüchtlinge zu tragen haben.

Wir haben also bisher für diesen Bereich lediglich einmalig 220.000 Euro erhalten, obwohl wir als Verbandsgemeinde jährliche Kosten von mittlerweile rund 300.000 Euro für Personal, Sprachkurse oder Kostenerstattung an die Caritas, welche uns fachlich mit einer Vollzeitkraft unterstützt, tragen müssen. Das kann und darf so nicht weitergehen.

Diese Kosten können in Zukunft sogar noch steigen, da mittlerweile immer mehr Flüchtlinge anerkannt sind und dann in den Regelbezug von Sozialleistungen fallen. Das bedeutet, dass sie aus den Flüchtlingsunterkünften ausziehen und sich eine eigene Wohnung suchen müssen. Funktioniert dies nicht, müssen wir als Verbandsgemeinde diese Personen obdachlos behördlich in eine Wohnung, meistens in die vorhandene Wohnung, einweisen. Die Kosten können wir bei den anerkannten Flüchtlingen bzw. beim Jobcenter wieder geltend machen. Allerdings kann es durchaus sein, dass wir in Zukunft einige Kosten, z.B. vom Jobcenter oder den Flüchtlingen selbst, nicht erstattet bekommen und diese selbst im allgemeinen Haushalt finanzieren müssen.

Diese Einweisungen sind auch der Grund, warum z.B. die Kosten für die Anmietung von Wohnungen und die Kostenerstattungen um 100.000 Euro zurückgehen, während die Aufwendungen für Mieten und die Einnahmen aus Vermietung im Haushalt 2018 massiv steigen. Aktuell haben wir hier bei allen Positionen so kalkuliert, dass es sozusagen ein „Nullsummenspiel“ ist, es also kein Defizit in diesem Bereich gibt. Ob dies im Vollzug 2018 der Fall sein wird, bleibt also abzuwarten und stellt auch ein größeres Haushaltsrisiko dar.

Kommen wir noch einmal zum Landesfinanzausgleich und den Zahlungen des Landes zurück. Die aktuell vorliegenden Entwürfe für eine Reform des Landesfinanzausgleichsgesetzes sind absolut untauglich, um die Finanzmisere der Kommunen in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Denn bei den Vorschlägen des Landes handelt es sich um eine Verschiebung der Mittel innerhalb des Finanzausgleiches von den Gemeinden weg hin zu den kreisfreien Städten und den Landkreisen. Mit der geplanten neuen Schlüsselzuweisung C3 für die Erstattung von Aufwendungen im sozialen und im Jugendbereich sollen die kreisfreien Städte und die Landkreise weiter unterstützt werden. Dies darf aber nicht dadurch erfolgen, dass man den Gemeinden das Geld wegnimmt und es neu verteilt. Hier muss das Land selbst eigenes Geld aus dem Landeshaushalt zusätzlich bereitstellen.

Alle kommunalen Spitzenverbände lehnen die aktuelle Reform daher ab und fordern vom Land eine viel größere Anstrengung. Auf Bundesebene hat man zumindest die Zeichen erkannt und z.B. den „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ um weitere 3,5 Mrd. Euro auf nunmehr 7,0 Mrd. Euro aufgestockt. Dieses Geld soll für die Verbesserung der Schulinfrastruktur von den Kommunen verwendet werden. Die auf Rheinland-Pfalz entfallenden 256 Mio. Euro werden sogar komplett weitergeleitet. Auch unsere Verbandsgemeinde erhält aus diesem Fonds 416.000 Euro, welche wir für die Sanierung des sog. „52er-Gebäudes“ an der Grundschule Wörrstadt verwenden wollen. Im Haushalt 2018 sind erste Ansätze für die entsprechenden Planungen eingestellt und für 2019 haben wir im Investitionsplan diese Maßnahme vorgesehen.

Aber auch hier dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Eine Erhebung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat ergeben, dass wir für die Sanierung der

kommunalen Infrastruktur und damit die Behebung des Investitionsstaus – dazu gehören alle Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Straßen und sonstige Gebäude – mehr als 126 Milliarden Euro benötigt werden. Geld, das die Kommunen alleine unmöglich aufbringen können. Hier ist eine neue Bundesregierung gefordert, den Kommunen massiv finanziell unter die Arme zu greifen. Denn vor Ort erleben die Menschen, ob wir in die Infrastruktur und Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen investieren und damit die Lebensverhältnisse attraktiv halten. Oder ob wir weiter von der Substanz leben, was zu Unmut und langfristig auch zur Politikverdrossenheit führt.

Damit diese riesigen Summen überhaupt fließen können, benötigen wir in Deutschland eine robuste Wirtschaft mit einem positiven Wirtschaftswachstum.

Dies haben wir nach den Prognosen auch weiterhin, und so soll es sich nach Einschätzung der Bundesregierung in diesem Jahr auf 1,9 %, 2018 auf 2,0 % und 2019 auf 1,8% belaufen. Daran haben wir uns in Deutschland mittlerweile schon gewöhnt, aber dies kann sich – ich hatte eingangs darauf hingewiesen – aber auch schnell ändern.

Aktuell haben wir deshalb auch insgesamt weiterhin steigende Steuereinnahmen, welche sich auf die verschiedenen staatlichen Ebenen unterschiedlich verteilen. Aber wir können auch als Kommunen grundsätzlich weiter mit steigenden Steuereinnahmen rechnen.

Bei den Steuereinnahmen erreichen wir langsam wieder „ruhigeres Fahrwasser“ und eine Normalisierung nach den Einbrüchen bei der Gewerbesteuer 2016 und dem Einbruch beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer 2017, der sich auf das gesamte Bundesland auswirkte.

Im letzten Jahr hatte ich ausgeführt, dass wir bei der Gewerbesteuer zukünftig mit 5,0 Mio. bis 5,0 bis 5,5 Mio. Euro Einnahmen rechnen können. Für die Berechnung der VG-Umlage für das kommende Jahr 2018 haben wir Einnahmen von rund 5,5 Mio. Euro. Wir sind also so langsam wieder auf dem Niveau früherer Jahre vor der Ansiedlung von juwi in Wörrstadt.

Insgesamt führen die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil bei der Einkommenssteuer dazu, dass wir bei gleichbleibender VG-Umlage von 34% und geringeren Schlüsselzuweisungen, die wir als VG erhalten, in diesem Bereich rund 1,0 Mio. Euro mehr einnehmen.

Darüber hinaus machen sich die Veränderungen bei der Vergnügungssteuer, der einzigen VG-Steuer, die wir 2016 vorgenommen haben, nun bemerkbar. Hier kalkulieren wir mit rund 200.000 Euro Mehreinnahmen, so dass uns insgesamt ca. 1,3 Mio. Euro mehr an Erträgen zur Verfügung stehen als 2017.

Anhand der nachfolgenden Folien können Sie die Zusammensetzung der Erträge erkennen.

Folien 4, 5 und 6

Zahlen kurz erläutern.

Die Erträge setzen sich vor allem aus der VG-Umlage mit 9.213.350 Euro und den Schlüsselzuweisungen mit insgesamt 2.918.250 Euro zusammen (**Folie 6**). Die Entwicklung habe ich bereits eingangs erläutert. Dazu kommen noch Gebühren, Kostenerstattungen, Umlagen, Steuern und sonstige Erträge, welche anhand der bisherigen Erfahrungswerte konservativ veranschlagt wurden.

Bei diesen Folien erkennt man, dass die VG-Umlage 2018 bei den Gesamterträgen noch 56 % ausmacht, während die sonstigen Erträge zunehmen.

Mit diesen höheren Erträgen müssen wir die steigenden Aufwendungen finanzieren. Vor allem bei den Personalaufwendungen haben wir aufgrund der Tariferhöhungen und der Ausweisung neuer erforderlicher Stellen einen Mehrbedarf von ca. 530.000 Euro. Hinzu kommen noch Kostensteigerungen bei den sonstigen Aufwendungen infolge der Inflation, höherer Abschreibungen oder aufgrund neuer Anforderungen.

Einen großen Anteil der Mehrerträge können wir aber zur Reduzierung des Defizites von aktuell 1.246.300 Euro auf 773.400 Euro verwenden. Wir können also die Differenz zwischen Aufwendungen und Erträgen um rund 470.000 Euro reduzieren. Dies muss auch unser Ziel sein. Wir müssen bei gleichbleibenden Parametern wie VG-Umlage, gleichen eigenen Steuereinnahmen und einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung das Defizit Schritt für Schritt auf 0 reduzieren. Mit dem nun vorliegenden Haushalt sind wir diesem Ziel ein Stück näher gekommen.

Ansonsten haben wir bei dem ihnen nun vorliegenden Haushalt keine gravierenden Veränderungen vorgenommen und die Schwerpunkte unserer Arbeit berücksichtigt, die wir für die zukünftige Entwicklung unserer Verbandsgemeinde für wichtig erachten. Es sind auch alle Punkte im Haushalt veranschlagt, die sie hier in den Gremien beschlossen haben. Dies sehen Sie zusammengefasst anhand der nächsten Folie.

Folie 7 Zahlen kurz erläutern

Insgesamt steigt das Finanzvolumen unseres Haushaltes weiter an. Dies ist im Wesentlichen auf die genannten Personalkostensteigerungen und die sonstigen höheren Aufwendungen zurück zu führen. Allerdings erhalten wir für einige neue Stellen auch Erstattungen von dritter Seite, beispielsweise durch eine Bundesförderung. Auf die steigenden Personal- und Sachaufwendungen gehe ich später noch näher ein.

Kostenerstattungen unserer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR), der Tochtergesellschaften oder des Zweckverbandes Wißberg und anderer Institutionen sind ebenso als Erträge eingeplant. Hier konnten wir aufgrund weiterer Erfahrungswerte die Ansätze genauer veranschlagen.

Anhand dieser Zahlen erkennt man auch, dass rund 44 % der Aufwendungen für Personalaufwendungen benötigt wird.

Um die Ertragsseite weiter positiv zu entwickeln, ist es unerlässlich, dass wir gemeinsam mit unseren Ortsgemeinden und der Stadt weitere Baugebiete ausweisen und durch die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete weitere Firmen ansiedeln.

Umso erfreulicher ist es, dass wir in diesem Jahr mit der Vermarktung des neuen Gewerbegebietes in Schornsheim beginnen konnten und voraussichtlich weitere bedeutende Firmenansiedlungen realisiert werden können. Auch bei der Ausweisung eines Gewerbegebietes für den geplanten Autohof in Wörrstadt können wir heute Abend im nichtöffentlichen Teil den Entwässerungsvertrag mit der Autobahnverwaltung beraten und beschließen, um kommen auch diesem Projekt wieder ein Stück näher.

Wir müssen gemeinsam weiter die Einnahmegrundlagen in unserer Verbandsgemeinde verbessern, wenn wir die finanzpolitischen Rahmendaten – und hier insbesondere die VG-Umlage – auf diesem Niveau halten wollen.

Mit dem Haushalt 2018 gelangen wir also so langsam in „ruhiges und normaleres Fahrwasser“. Dennoch müssen wir sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben abwarten, wie die Entwicklung weitergehen wird. Das bedeutet, dass wir auch in Zukunft weiter vorsichtig planen und versuchen müssen, weiterhin eine finanzielle Reserve/Rücklage zu erwirtschaften bzw. das Haushaltsdefizit zurück zu führen.

Aktuell haben wir nach Abzug des Defizites 2017 in Höhe von 1.248.300 Euro noch eine Rücklage von ca. 1.540.000 Euro. Nach Abzug des geplanten Fehlbetrages von 773.400 Euro verbleiben für die kommenden Jahre noch rund 760.000 Euro, um den Ergebnishaushalt auch zukünftig ausgleichen zu können. Diese Reserve benötigen wir, um künftige Ergebnishaushalte ausgleichen zu können.

Nur durch den Rückgriff auf die Reserven können wir unsere VG-Umlage weiterhin bei 34 % stabil halten. Wir müssen also den bisher gewählten Weg konsequent weitergehen, damit wir auch mittelfristig mit einer soliden Finanzplanung dafür sorgen können, dass wir unseren finanzpolitisch gradlinigen Kurs mit einer stabilen und gleichbleibenden VG-Umlage und einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung konsequent fortsetzen können.

Wir können also auch für das Jahr 2018 festhalten, dass wir ihnen – wie in den vergangenen Jahren auch - einen **ausgeglichenen Haushalt** vorlegen.

Sowohl der Ergebnishaushalt als auch der Finanzhaushalt können ausgeglichen werden.

Da wir zudem genügend Eigenkapital haben, sind alle drei gesetzlichen Voraussetzungen für einen Haushaltsausgleich, den wir grundsätzlich erreichen müssen, erfüllt.

Wir gehören auch weiterhin zu den Kommunen in Rheinhessen, die eine sehr niedrige VG-Umlage haben. Festzuhalten bleibt auch, dass wir keine Kredite zur Liquiditätssicherung, also „Kassenkredite“ zur Finanzierung der laufenden Ausgaben, sondern die geplanten Kredite für Investitionen aufnehmen wollen.

Bevor ich noch auf verschiedene Entwicklungen näher eingehe, will ich noch den geplanten **Schuldenstand** zum Ende dieses Jahres erwähnen. Dieser beläuft sich – einschließlich der Kredite für die Bahnhofssanierungen, welche wir für die Gemeinden vorfinanzieren – auf ca. 13.700.000 Euro.

Auch in diesem Jahr möchte ich darauf hinweisen, dass wir überdurchschnittlich stark diese Schulden tilgen, nämlich aktuell mit rund 800.000 Euro jährlich und sehr niedrige Zinssätze haben, die teilweise sogar bis zum Ende der Kreditlaufzeit vereinbart sind.

In unserer Haushaltssatzung haben wir wieder eine Ermächtigung vorgesehen, die uns erlaubt, neue Zinssteuerungsinstrumente einzusetzen. Darüber hinaus sind zwei neue Altersteilzeitfälle eingearbeitet.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen in diesem Jahr kann unser Haushalt für das kommende Jahr 2018 zusammenfassend folgendermaßen beschrieben werden:

- Wir betreiben eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik, die auf einen langfristigen Zeitraum ausgerichtet ist,
- wir erreichen wieder den vorgeschriebenen Haushaltsausgleich,
- wir sind mit Eigenkapital gut ausgestattet,
- wir haben seit Jahren eine sehr niedrige VG-Umlage in Rheinhessen,
- wir konnten durch die Bildung von Rücklagen den Haushalt ausgleichen,
- wir tätigen Investitionen in die von uns festgelegten Schwerpunkte und damit in die Zukunftsfähigkeit unserer VG,
- wir versuchen dennoch, den Schuldenstand so niedrig wie möglich und für die Finanzkraft unserer VG vertretbar zu halten und
- wir können sagen, dass die VG wirtschaftlich gut aufgestellt ist.

Kommen wir nun zu den **jeweiligen Erträgen und Aufwendungen, die ich Ihnen nachfolgend erläutere** und bei denen ich auf verschiedene Entwicklungen näher eingehen will, um einen Vergleich des Haushalts 2018 mit 2017 leichter zu ermöglichen.

Wie die Erträge verwendet werden, will ich nachfolgend erläutern. Nach den allgemeinen Ausführungen zu den Gesamtaufwendungen will ich zunächst auf die Entwicklung der Personalkosten seit 2005 eingehen.

Folie 8 Entwicklung der Personalkosten

Auch im kommenden Jahr fallen die Personalauszahlungen (nicht Aufwendungen) höher aus, was auf folgende Punkte zurück zu führen ist.

Folie 9 Stichpunkte für Personalkostensteigerung

Stichpunktartige Erläuterung der einzelnen Punkte:

- Kalkulierte Tarifierhöhung 2018 für Beschäftigte (2,0%)
- Tarifierhöhung 2018 für Beamte (2,35 %)
- Neueinstellungen bzw. Weiterbeschäftigungen (**s. Folie**)
- Höhergruppierungen und Wegfall einer Stelle „Altersteilzeit“

Anhand dieser Ausführungen erkennen Sie, dass wir im Gegensatz zum laufenden Jahr mit Personalveränderungen von insgesamt ca. 7,0 Stellen geplant haben, darin sind auch Stellen für Auszubildende enthalten.

Beispielsweise benötigen wir eine Stelle für einen Bilanzbuchhalter, da wir als Kommunen zukünftig umsatzsteuerpflichtig werden und hier entsprechendes Wissen benötigen.

Kommen wir nun zu den Sachauszahlungen.

Folie 10 Zahlen näher erläutern

Die **Einzelpositionen im Ergebnis- und Finanzhaushalt**, auf die ich nachfolgend kurz eingehen will, spiegeln auch im kommenden Jahr die Aufgabenschwerpunkte

- Wirtschaft und Tourismus,
- Bildung und Familie,
- Energie und Umwelt
- Generationen

unserer VG wieder, welche auch die Zukunftsfähigkeit unserer Verbandsgemeinde sichern sollen.

Folie 11: Übersicht über die Sach- und Dienstleistungen

Im **Ergebnishaushalt**, in dem alle Aufwendungen und Erträge abgebildet sind, sind in diesen Zahlen beispielsweise die Kosten für Aktivitäten im Bereich der Energieeffizienz und des Klimaschutzes, Mittel für die Umsetzung der Corporate Identity (CI) bzw. Corporate Design (CD) ebenso enthalten wie die Aufwendungen für die Fertigstellung verschiedener Konzepte oder für die Fortschreibung unseres Flächennutzungsplanes.

Die Abschreibungen steigen im kommenden Jahr und belaufen sich auf 1.000.800 Euro.

Weitere Positionen im Ergebnishaushalt sind die Aufwendungen für die sozialen Sicherungssysteme (Hartz IV und Grundsicherung), die Unterbringung von Asylbewerbern oder deren Betreuung durch die Caritas oder unser sehr erfolgreiches Bürgerbusprojekt. Hier haben wir die Mittel zum Leasen eines weiteren Busses im Haushalt neu veranschlagt.

Sowohl bei den Grundschulen, beim Angebot der betreuenden Grundschule, bei der Ferien- und Hausaufgabenbetreuung wie auch bei den Feuerwehren haben wir die Budgets oder Ansätze auf dem Stand des Vorjahres belassen. Denn seit Jahren sind wir alle hier im Rat zu Recht der Ansicht, dass wir in diesen beiden Bereichen, in denen viel ehrenamtliches Engagement für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger oder die Zukunft unserer Kinder steckt, keine Kürzungen vornehmen sollten.

Bei der Gebäudeunterhaltung haben wir für das kommende Jahr insgesamt 424.400 Euro für verschiedene Maßnahmen vorgesehen, so dass dieser Wert weiterhin auf einem hohen, aber erforderlichen Niveau verharrt. Damit können wir einen Sanierungsstau verhindern.

Im kulturellen und sozialen Bereich sind ebenfalls wieder entsprechende Mittel vorgesehen. Damit wollen wir die Arbeit unseres Jugendpflegers (Stichwort NOAF)

unterstützen, Konzerte und Veranstaltungen wie das 39. VG-Weinfest durchführen oder die Arbeit der Agenda 21-Gruppen fördern.

Folie 12: Übersicht über die Umlagen usw.

Die Kreisumlage soll im kommenden Jahr bei 44,9 % konstant bleiben.

Der Zuschuss für unser Neuborn-Schwimmbad als wichtige Freizeiteinrichtung in unserer VG beläuft sich im kommenden Jahr auf 240.200 Euro.

Im **Finanzhaushalt** haben wir viele Investitionen vorgesehen, wobei ich neben der Darstellung der Gesamtsumme lediglich auf größere Investitionen eingehen will:

Folien 13, 14, 15, 16,17, 18 und 19: Investitionstätigkeit 2018

Die Praxis der Vorjahre, dass wir Investitionen neu veranschlagen, wenn sie noch nicht begonnen wurden, haben wir auch bei der Erstellung des neuen Haushaltes beibehalten. Dies dient vor allem der Transparenz.

Lediglich bei Projekten, die sich mitten in der Umsetzung befinden, schlagen wir dem VG-Rat im kommenden Jahr wieder eine Übertragung der Ermächtigungen vor. Zu den einzelnen Projekten komme ich noch.

Die Bereiche Schule, Umwelt (Hochwasserschutz, Renaturierung), Brandschutz oder Tourismus (Radwegebau) sind wie in den Vorjahren Schwerpunkte unserer Investitionen.

Bei den Schulen haben wir ein neues Programm für die Ausstattung der Klassen mit Tablets und weiterer Technik im Haushalt aufgelegt. Da wir aktuell noch nicht die genauen Kosten schätzen können, haben wir als Anschubfinanzierung für 2018 und 2019 zunächst jeweils 50.000 Euro eingeplant. Falls wir bei diesem sehr wichtigen Projekt mehr Geld benötigen, sollten wir dies meiner Ansicht nach dann kurzfristig bereitstellen. Hier werden wir den VG-Rat auf dem Laufenden halten.

Insgesamt haben wir Investitionen von rund 4.3 Mio. Euro vorgesehen.

Zum Abschluss meiner Ausführungen zum VG-Haushalt will ich noch erläutern, wie wir diese Investitionen finanzieren wollen und wie hoch die Nettokreditaufnahme ist.

Folien 20 und 21 kurz erläutern

Meine Damen und Herren Ratsmitglieder,
nach diesen Ausführungen zu unserem Haushalt kommen wir nun zu unserem Eigenbetrieb Abwasser.

Nachdem wir nach 20 Jahren in diesem Jahr die Gebühren anpassen mussten, kann ich ihnen heute mitteilen, dass die Planungen, die dieser Gebührenanpassung zugrunde lagen, genauso eintreten wie wir es geplant hatten. Wir können leichte Überschüsse erwirtschaften, um das aufgelaufene Defizit aus früheren Jahren abzubauen und wir erwirtschaften genügend Mittel für die steigenden Kanalunterhaltungsmaßnahmen.

Daher haben wir für das kommende Jahr keine Gebührenerhöhung geplant, was für unsere Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Nachricht ist.

Im Vergleich zu früheren Jahren enthält der Wirtschaftsplan für 2018 als wesentliche Veränderung die Übernahme der Kläranlage Gau-Bickelheim von der VG Wöllstein. Dadurch verändern sich die Ansätze beim Materialaufwand und den laufenden Kosten in größerem Umfang. Im Gegenzug sinken die Umlagen an andere Abwasserverbände um rund 300.000 Euro.

Mit der Übernahme dieser Kläranlage sind aber noch weitere Veränderungen verbunden. So werden wir auch 3 Mitarbeiter von der VG Wöllstein übernehmen und Veränderungen in der Organisation unserer Abwasserwerke vornehmen. Zukünftig werden wir 2 Einsatzgebiete (Nord und Südbereich), zwei Stützpunkte und auch zwei Bereitschaftsdienste haben. Von der Kläranlage Saulheim (dem bisherigen einzigen Stützpunkt) werden 2 Mitarbeiter dauerhaft nach Gau-Bickelheim versetzt und die Zuständigkeiten für den Außendienst und die Bereitschaftsdienste neu eingeteilt.

Eine weitere noch intensivere Zusammenarbeit mit den Abwasserbetrieben der VG Wöllstein wird aktuell geprüft und die Ergebnisse werden bald vorliegen.

Auch bei der Klärschlammverwertung gehen wir neue strategische Wege durch die Gründung einer AöR „Klärschlammverwertung Kommunal RLP“ in Zusammenarbeit mit den GStB.

Diese AöR soll u.a. Anteile an der thermischen Klärschlammverwertungsanlage Mainz (TVM) erwerben, so dass wir dann unseren Klärschlamm direkt in Mainz in die Verbrennung bringen können. Damit sind wir nicht auf die landwirtschaftliche Verwertung angewiesen, die immer schwieriger und wie wir aktuell sehen auch teurer wird. Die entsprechenden Beschlüsse haben sie hier im VG-Rat gefasst und unsere VG Wörrstadt ist mit drei weiteren Kommunen Gründungsmitglied dieser AöR. Die Satzung wird übrigens nach der Veröffentlichung am Donnerstag in Kraft treten. Damit sind wir für die Zukunft gut gerüstet.

Insgesamt steht unser Abwasserbetrieb wirtschaftlich und technisch gut dar und wir haben keinen Investitionsstau.

Kommen wir daher nun zu einigen Zahlen unseres Eigenbetriebes Abwasser:

Folien 22 und 23

Neben der erwähnten Investition in die Kläranlage Gau-Bickelheim, dem Anschluss von Vendersheim an diese Anlage und der weiteren Ertüchtigung von Regenüberlaufbauwerken haben wir 700.000 Euro für die Sanierung unserer Kanäle eingestellt. Diese Mittel sowie weitere 500.000 Euro für die Unterhaltung des Kanalnetzes im Erfolgsplan bedeuten, dass wir in diesem Bereich weit über 1.000.000 Euro einplanen. Aktuelle Kamera-Befahrungen haben gezeigt, dass wir diese Mittel auch dringend benötigen. Damit können wir sicherstellen, dass wir keinen Investitionsstau aufbauen und unser Kanalnetz auch in Zukunft den Anforderungen gewachsen ist.

Für die Erschließung von Bau- und Gewerbegebieten haben wir im Wirtschaftsplan ebenfalls größere Summen eingeplant.

Der Wirtschaftsplan des Wirtschaftsjahres 2018 schließt somit im Erfolgsplan mit den auf der Folie genannten Erträgen und Aufwendungen. Im Vermögensplan sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 6.747.500 Euro veranschlagt. Wie auch in den Vorjahren wurden die Ansätze des Wirtschaftsplanes aufgrund der zu erwartenden Erträge und Aufwendungen, sowie der Einnahmen und Ausgaben ermittelt.

Kommen wir zum Schluss zu unserem Eigenbetrieb „Neubornbad“

Im Winter wollen wir mit den Beratungen über die Neugestaltung des erworbenen Grundstücks neben dem Neubornbad fortfahren. Hierfür haben wir 10.000 Euro für Planungen im Etat vorgesehen. Neben der Erweiterung der Videoüberwachung und dem Aufbau eines WLAN-Netzes haben wir im kommenden Jahr im Wirtschaftsplan wie in den vergangenen Jahren auch lediglich die laufenden Kosten für den Betrieb unseres Neubornbads vorgesehen.

Folien 24 und 25

Insgesamt schließt der Erfolgsplan in Aufwendungen und Erträgen mit 439.920 Euro ab, wobei in dieser Summe der Zuschuss der Verbandsgemeinde in Höhe von 240.200 Euro enthalten ist.

Natürlich hoffen wir, dass wir im kommenden Jahr eine bessere Badesaison durch schönes Wetter bekommen als in diesem Jahr. Denn dann könnten wir den Zuschuss natürlich senken. Dies liegt aber nicht in unserer Hand, denn das Wetter können wir glücklicherweise noch nicht beeinflussen.

Der Vermögensplan schließt mit Einnahmen und Ausgaben von 86.000 Euro ab. Diese Summe beinhaltet vor allem die Kosten für die Tilgung der Darlehen.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zum Schluss kommen:

Auch im zwölften doppelten Haushalt sind wieder Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer VG enthalten und wir stellen die richtigen Weichen.

Ich möchte an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, besonders unserem Kämmerer, Herrn Jung, sowie Herrn Pietrzeniuk und Herrn Koch danken. Ohne diese hervorragende Arbeit hätte ich Ihnen diesen Plan heute nicht vorlegen können.

Entsprechend der Praxis der Vorjahre wird es zu den Punkten 5 bis 7 jeweils getrennte Abstimmungen geben.

Der Ausschuss für Zentrales und Finanzen und die Werksausschüsse empfehlen Ihnen einstimmig (ohne Enthaltung) die Annahme dieser Pläne. Hierbei möchte ich mich für die sehr guten Beratungen bei allen Ausschussmitgliedern bedanken.

Vielen Dank.